

Haushaltsrede des Bürgermeisters zum Haushaltsplanentwurf 2024

Sehr geehrte Stadtverordnete, meine Damen und Herren,

die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2024 unterscheidet sich in mehrfacher Weise von der Einbringung der Haushaltsplanentwürfe in den vergangenen Jahren. Da ist zum einen der ungewöhnliche Zeitpunkt und die Tatsache, dass wir eine Sondersitzung hierzu anberaومت haben. Der Grund hierfür ist der bekannte Cyber-Angriff auf die Südwestfalen IT und der damit verbundene Ausfall unserer gesamten IT. Doch zugleich wurde im Landtag Nordrhein-Westfalen im November auch das 3. NKF Weiterentwicklungsgesetz eingebracht. Vorgesehen ist die Beschlussfassung des Landtags zu diesem Gesetz Ende Februar. Die Zeitplanung unserer Haushaltsplanberatung und die vorgesehene Verabschiedung der Haushaltssatzung 2024 am 11. März 2024 ermöglicht uns, den Haushalt 2024 der Kreisstadt Olpe nach den neuen haushaltsrechtlichen Regelungen zu beschließen.

Üblicherweise, meine Damen und Herren, gehe ich zu Beginn meiner Haushaltsrede auf die Umsetzung der Eckwertebeschlüsse im Haushaltsplanentwurf genauer ein. In diesem Jahr möchte ich aus gutem Grund auf detaillierte Ausführungen dazu verzichten und lediglich feststellen, dass wir die beschlossenen Eckwerte in dem Ihnen nun vorliegenden Haushaltsplanentwurf selbstverständlich umgesetzt haben.

Doch die Rahmenbedingungen für die Haushaltsplanung haben sich leider seit der Beschlussfassung zu den Eckwerten erheblich verändert.

Als wir im Anfang September 2023 über die Eckwerte für den Haushalt 2024 beraten haben, gingen wir noch davon aus, dass ein Haushaltsdefizit von 3,69 Mio. € realistisch sei. Auf dieser Grundlage wurden die Eckwertebeschlüsse gefasst, die keine Einsparungen, sondern - wenn auch leichte - weitere Erhöhungen dieses Fehlbetrags bedeuteten.

Meine Damen und Herren, wie Sie dem Ihnen nun vorliegenden Haushaltsplanentwurf entnehmen können, sind diese Planungsdaten Makulatur. Der Haushaltsplanentwurf weist im Ergebnisplan einem Fehlbetrag von 9,24 Mio. € aus.

Die berechnete Frage, die Sie stellen werden, lautet: Woher kommt diese Differenz zwischen dem aktuellen Fehlbetrag und unserer Annahme im September und welche Veränderungen haben zu dieser eklatanten Erhöhung des Defizits innerhalb von wenigen Monaten geführt?

In der Tat war diese Veränderung im September für uns noch nicht absehbar, sie hat sich erst in den darauffolgenden Wochen bis zum November 2023 ergeben. Erste Anzeichen wurden Ende September bekannt, Anfang November haben dann die Kommunen die aktuellen Planzahlen für den Kreishaushalt 2024 erhalten, die in eine ungeahnte Dimension steigen. Der Anteil der Kreisstadt Olpe an der Kreisumlage steigt

danach auf 32,0 Mio. €. Im letzten Jahr betrug sie 26,4 Mio. €, war also fast 5,6 Mio. € geringer. In den letzten Tagen wurde uns seitens des Kreises mitgeteilt, dass die Kreisumlage etwas geringer ausfallen wird. Doch die Grenze von 30 Mio. € wird unser Anteil mit Sicherheit übersteigen.

Es wäre jetzt ein Einfaches, mit dem Finger auf den Landrat und den Kreis Olpe zu zeigen. Das wäre aber deutlich zu einfach und daher werde ich in diesen Chor auch nicht einstimmen. Es ist notwendig genauer hinzuschauen und zu erkennen, woher die Mehrbelastungen stammen.

Am 20. September 2023 hatten sich 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landes, darunter auch alle Bürgermeister aus dem Kreis Olpe, koordiniert durch das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW, mit einem eindringlichen Appell und einer deutlichen Warnung an die Landesregierung gewandt. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW fasste die Situation wie folgt zusammen:

„Die Summe an aktuellen Herausforderungen überfordert die Kommunen. Während die Steuereinnahmen stagnieren und Bund und Land Zuweisungen kürzen, explodieren die Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie die Versorgung von Geflüchteten. Zusätzlich konfrontieren Bund und Land die Städte und Gemeinden mit neuen Aufgaben wie etwa dem Rechtsanspruch auf Ganztags, ohne die nötigen Mittel bereitzustellen. Die chronische Unterfinanzierung und die Vielzahl an Krisen nehmen uns die Luft zum Atmen. Wenn Bund und Land nicht endlich ein Einsehen haben und die Kommunen so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können, schlittern wir 2024 ungebremst in die Handlungsunfähigkeit. Die Folgen werden unmittelbar vor Ort zu spüren sein.“

Die Worte des Kollegen Eckhard Ruthemeyer kann ich nur unterstreichen und wir sehen auch im Haushaltsplanentwurf 2024 der Kreisstadt Olpe die Folgen der nicht ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen.

Die finanziellen Auswirkungen vieler Gesetzgebungsverfahren, insbesondere im Bund, werden über die Landschaftsverbände und Kreise an die Städte und Gemeinden weitergereicht. Ein Beispiel dafür ist die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.

Eines sage ich ganz klar vorweg: Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist eine sehr wichtige Fürsorgeleistung in unserer Gesellschaft für diejenigen, die am stärksten der Unterstützung und Betreuung bedürfen. Daher kritisiere ich hier ausdrücklich nicht die Eingliederungshilfe. Ich kritisiere aber deutlich die Finanzierung der Eingliederungshilfe. Denn hierbei wird das Konnexitätsprinzip in keiner Weise beachtet.

Der Bund beschließt zwar die Leistungen der Eingliederungshilfe, er finanziert sie aber nur zu einem Bruchteil – und das auch erst seit 2018. Seit 2018 erhalten die Kommunen vom Bund eine allgemeine Kommunalentlastung von 5 Milliarden €, die

dafür gedacht war, die Gesamtausgaben der Eingliederungshilfe von damals 15 Milliarden € zu einem Drittel mitzufinanzieren. Zuvor haben die Kommunen die Leistungen allein finanziert. Mittlerweile sind die Bruttoausgaben für die Eingliederungshilfe bundesweit auf 25 Milliarden € gestiegen. Die Gesamtausgaben sind innerhalb von wenigen Jahren um 10 Milliarden € gestiegen, also weit über 50%. Nicht gestiegen ist die Mitfinanzierung durch den Bund. Die bleibt bei 5 Milliarden €, der Mehraufwand von 10 Milliarden € geht zu Lasten der Kommunen.

Die massiv gestiegenen Kosten werden über den Landschaftsverband und die Kreise schlicht an die Kommunen weitergegeben.

Dieses Beispiel zeigt das Grundproblem, mit dem die Kommunen häufig bei Finanzierungsfragen zu kämpfen haben: Gesetzgebungsverfahren erfolgen in Berlin, die Kosten hierfür landen am Ende bei den Kommunen. Diese haben aber keine Möglichkeit, diese Ausgaben zu steuern und auch der Kreis hat hier keinen Einfluss und keine Steuerungsmöglichkeit.

Ein weiterer Punkt, der am Ende durch die Kommunen zu finanzieren ist, sind die gestiegenen Personalkosten. Natürlich nicht nur die Personalkosten der eigenen Kommunen, die selbstverständlich von uns zu tragen sind. Sie sind ja auch durch uns als Kommune beeinflussbar. Es sind vielmehr die Personalkosten der Kreise, aber besonders der Personalapparat des Landschaftsverbandes der letztlich über die Landschaftsverbands- und Kreisumlage auf die Kommunen zukommt. Und auch die deutlichen Tarifsteigerungen in anderen Branchen, gerade in den sozialen und pädagogischen Bereichen, belasten am Ende die Kommunen. Auch hier möchte ich nicht die Tarifsteigerungen kritisieren. Das aber letztlich die Finanzierung nur durch die Kommunen erfolgt, zeigt den grundlegenden Fehler im System und die damit verbundene vollkommen unzureichende Finanzausstattung der Kommunen.

Der Kreis Olpe hat gegenüber den Kommunen in einer Besprechung im November 2023 seinen finanziellen Mehrbedarf erläutert. Dabei wurde deutlich, woher der vom Kreis Olpe prognostizierte Mehrbedarf in Höhe von 42 Mio. € stammt – wohlgermerkt ein Mehrbedarf von 42 Mio. €!

Betrachten wir nun mal konkret, woraus sich der Mehrbedarf im Wesentlichen ergibt:

- Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage: 4,2 Mio. € auf 49,6 Mio. €
- Steigerung der Personalkosten: 12 Mio. €
- Erhöhter Bedarf der Jugendhilfe: 5 Mio. €
- Wegfall der Isolierung der Folgekosten des Ukrainekrieges: 3 Mio. €
- Steigerung der Sozialleistungen durch den Kreis: 3 Mio. €
- Erhöhte Kosten für den ÖPNV: 1,3 Mio. €
- Erhöhte Kosten für die Gebäudebewirtschaftung, insbesondere Energie: 1 Mio. €
- Hinzu kommt die sogenannte Vorwegbelastung, also das geplante Defizit des Kreises Olpe aus dem diesjährigen Haushalt in Höhe von 9,1 Mio. €

In Summe ergibt sich eine Steigerung der Kreisumlage für die Kreisstadt Olpe auf nunmehr über 32 Mio. €. Zur Erinnerung: im Jahr 2019 noch lag die von der Stadt Olpe zu zahlende Kreisumlage bei unter 20 Mio. €. Nur fünf Jahre später haben wir die 30 Mio. € Grenze deutlich überschritten.

Der finanzielle Mehrbedarf des Kreises Olpe ist im Wesentlichen fremdgesteuert, er ist vom Kreis nicht zu beeinflussen. Umso wichtiger erscheint es allerdings, dass auch der Kreis Olpe die Möglichkeiten ergreift, um dort für Einsparungen zu sorgen, wo es ihm möglich ist.

In diesen Zusammenhang passt keine Ausweitung des Personalbestandes beim Kreis. So wünschenswert zum Beispiel eine biologische Station im Kreis Olpe ist, hierfür sind neue 3,5 Stellen notwendig. Es stellt sich die Frage, ob das in der aktuellen Situation notwendig ist oder nicht eher verschoben werden sollte, auch wenn ein großer Teil der Aufwendungen gefördert wird. Letztlich führt auch diese Maßnahme, wie viele andere in den letzten Jahren, zur Erhöhung der Ausgaben beim Kreis.

Einige Positionen, die zur erhöhten Kreisumlage führen, sind aber einer besonderen Erwähnung wert:

Rechnet man die erhöhte Landschaftsverbandsumlage, den erhöhten Bedarf der Jugendhilfe und die Steigerung bei den Sozialleistungen des Kreises Olpe zusammen, so ergibt sich allein aus den Sozialleistungen ein Mehrbedarf von 15 Mio. € - wohlgemerkt: wir sprechen über einen Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2023!

Auch hier zeigt sich: Es ist ein leichtes im Bund immer neue und höhere soziale Leistungen zu versprechen, wenn hierfür am Ende des Tages andere zahlen. Das Konnexitätsprinzip ist an dieser Stelle schon lange außer Kraft gesetzt. Es muss aber wieder der einfache Grundsatz gelten: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch. Aktuell bestellt der Bund und die Kommunen bezahlen. Das kann so nicht weiter gehen.

Noch ein letzter Punkt hierzu: Auch das angekündigte Wachstumschancengesetz des Bundes geht am Ende des Tages in ganz erheblichem Umfang zu Lasten der Kommunen: Der Städte- und Gemeindebund NRW rechnet durch das Wachstumschancengesetz mit Steuerausfällen bei den Kommunen von 8,5 Mrd. €. Nimmt man das Inflationsausgleichsgesetz und das Jahressteuergesetz 2022 hinzu, die beide bereits in Kraft sind, summieren sich die Mindereinnahmen der Kommunen nach Berechnung des Städte- und Gemeindebundes NRW für die Jahre 2024 bis 2027 auf schwindelerregende 31 Mrd. €.

Solche Belastungen durch Bundesgesetzgebungen können auf Dauer nicht gut gehen und müssen auch bei der Einbringung eines kommunalen Haushaltes deutlich benannt werden.

Ich möchte aber heute natürlich vor allem auch die finanzielle Entwicklung mit Blick auf die Stadt Olpe und auf unserer Region betrachten.

Bedenklich sind die gestiegenen Aufwendungen des Kreises Olpe für den ÖPNV, die bei 1,3 Mio. € liegen. Bedenklich ist diese Steigerung, weil wir hier nicht über eine Verbesserung des ÖPNV sprechen, sondern lediglich über den Erhalt des Status Quo. Wohin eine Verbesserung des ÖPNV finanziell führen würde, lässt sich aber damit schon jetzt erahnen. Auch hier gilt: wenn dies alles auf dem Rücken der Kommunen erfolgen soll, werden Verbesserungen im ÖPNV nicht möglich sein, denn schon der jetzige ÖPNV ist für die Kommunen kaum finanzierbar. Die Streitigkeiten um die Finanzierung des Deutschlandtickets zwischen dem Bund und den Ländern sind hier nur die Spitze des Eisbergs. Aber auch hier ist zu befürchten, dass am Ende die Kommunen die Rechnung zahlen.

Bei allen verständlichen Diskussionen um Verbesserungen im Bereich des ÖPNV, bei allen nachvollziehbaren Wünschen, die wir vermutlich alle haben, sollten wir in dieser Diskussion ehrlich bleiben und die finanziellen Folgen sofort mitdiskutieren. Es ist unsachlich, zunächst eine Diskussion über Wünsche und Vorstellungen zu führen und den Kommunen die Aufgabe der Spielverderber zu überlassen, die darauf hinweisen, dass dies alles nicht finanzierbar ist. Und dabei haben wir im Übrigen noch gar nicht darüber gesprochen, wer die zusätzlich gewünschten Busse und Bahnen fahren soll. Denn von selbstfahrenden Fahrzeugen sind wir noch ein gutes Stück entfernt, das wird noch einige Jahre dauern.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es besteht die Gefahr, dass das solide Wirtschaften der Kreisstadt Olpe in der Vergangenheit zunichte gemacht werden könnte, durch die immer weiter fortschreitende Verlagerung von Kosten durch den Bund und das Land auf die Kommunen. Wir haben durch vorausschauendes solides Wirtschaften in den letzten Jahren eine sehr gute Liquidität in der Stadt Olpe aufgebaut. Auf den Neubau des Bürgerhauses haben wir uns bestens vorbereitet, es ist ausreichend Liquidität vorhanden. Doch die hierfür angesparten Finanzmittel könnten in den nächsten Jahren durch äußere Einflüsse schnell aufgebraucht sein.

Wenn diese Probleme schon die gut aufgestellten Kommunen im Kreis Olpe derart deutlich treffen, werden neue Regelungen zur Finanzausstattung der Kommunen zwingend kommen müssen - davon bin ich überzeugt. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen wird schon lange beklagt, Änderungen werden schon seit langem seitens der kommunalen Spitzenverbände angemahnt. Bislang fanden diese Forderungen keine Beachtung, auch weil viele Kommunen wie hier im Kreis Olpe von hohen Steuereinnahmen profitierten und dabei gut gewirtschaftet haben. Jetzt werden die Forderungen nach einer ausreichenden kommunalen Finanzausstattung Gehör finden müssen.

Mich persönlich, meine Damen und Herren, treibt immer mehr das Problem des bezahlbaren Wohnraums um. Damit komme ich auch zu einem zuletzt immer wieder diskutierten und von Einzelnen auch kritisierten Thema der vergangenen Monate.

Seit Monaten, eigentlich seit Jahren, hören wir von allen politischen Ebenen, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt. Laut Bundesregierung müssten pro Jahr 600.000 neue Wohnungen gebaut werden, doch von diesem Ziel hat man sich trotz immer wieder stattfindender Gipfel lange verabschiedet. Letztlich tut sich in Berlin hierzu nichts.

Doch auch hier in Olpe wird deutlich, dass gerade bezahlbarer Wohnraum fehlt. Es werden auf dem freien Markt zwar Wohnungen geschaffen, doch der Mietpreis liegt hier bei mindestens 13 bis 14 €/m². Neubauwohnungen werden zu Preisen von über 5.000 €/m² zum Kauf angeboten. Das ist für einige bezahlbar, für viele aber nicht. Und gerade für diejenigen, die sich dies nicht leisten können, müssen wir bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Auch hier kann man trefflich darüber streiten, ob dies eine kommunale Aufgabe ist. Ganz sicher ist es keine kommunale Pflichtaufgabe. Aber die letzten Jahre zeigen, dass viele hierüber sprechen, aber letztlich nichts geschieht. Und die Probleme vor Ort haben dann die Kommunen zu lösen.

Eigentlich wäre an dieser Stelle die Wohnungsgenossenschaft im Kreis Olpe unser Partner. Mit ihr haben wir auch ein sehr gutes Projekt an der Jahnstraße umgesetzt. Dort haben wir einen städtischen Zuschuss von 250.000 € geleistet und es entstanden 15 Wohnungen, die für etwa 7€/m² vermietet werden. Leider ist die Wohnungsgenossenschaft aufgrund der notwendigen umfassenden Sanierung ihres Wohnungsbestandes zurzeit nicht in der Lage weitere Neubauprojekte in Angriff zu nehmen.

Vor dieser Ausgangslage haben wir uns mit der Gründung einer Quartiersgenossenschaft aufgemacht, in der Olper Hütte bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der für etwa 7 €/m² vermietet werden soll. Das war notwendig, denn wenn die Wohnungsgenossenschaft des Kreises uns nicht helfen kann und wir das Heft des Handelns nicht selbst in die Hand nehmen, dann sehe ich niemanden, der für bezahlbaren Wohnraum in Olpe sorgen wird. Mir hat zumindest noch niemand erklären können, wer eine Alternative darstellen könnte. Investoren, die hochpreisigen Wohnraum schaffen wollen, werden es auf jeden Fall nicht sein.

Der Bedarf an kostengünstigem Wohnraum ist hoch, ich denke darüber müssen wir nicht diskutieren. Wir brauchen dringend den bezahlbaren Wohnraum. Der Bedarf war schon bei der Erstellung des Wohnraumkonzepts vorhanden. Die Situation hat sich durch den Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine und aus anderen Staaten noch verschärft. Die Konkurrenzsituation ist hoch und wird noch größer werden, da sich die wirtschaftliche Situation der Menschen gerade verschlechtert. Bei allen Diskussionen, die wir führen, sollten wir uns diese Ausgangslage immer vor Augen führen.

Möglich ist das Projekt nur, da die Stadt Olpe sich hier finanziell engagiert. Möglich ist es auch nur, da das Land Nordrhein-Westfalen ein wirklich sehr gutes Förderprogramm für den öffentlich geförderten Wohnungsbau aufgelegt hat. Ohne die Mittel aus diesem

Förderprogramm und auch ohne die Mittel aus der KfW-Förderung kann das Projekt nicht umgesetzt werden. Und es ist auch durchaus denkbar, dass die Stadt Olpe – ähnlich wie bei dem damaligen Projekt an der Jahnstraße – noch weitere Finanzmittel zur Verfügung stellen muss, um das Projekt erfolgreich umzusetzen. Dafür haben wir im Haushaltsplanentwurf 2024 einen Betrag von 400.000 € eingestellt. Ob wir diesen Betrag benötigen und wann dies der Fall sein wird, kann man letztlich noch nicht sagen. Aber es ist durchaus möglich, dass wir ihn benötigen und daher ist es mir wichtig, offen und ehrlich damit umzugehen.

Keinesfalls verhehlen will ich auch, dass mit dem von uns gestarteten Projekt auch Risiken für die Stadt einhergehen. Wenn wir die Förderung des Landes oder der KfW nicht erhalten, dann werden wir das Projekt der Quartiersgenossenschaft beenden müssen. Wenn wir die angenommenen Baukosten von knapp 4.000 €/m² überschreiten, dann wird das Projekt nicht umsetzbar sein. Und auch hier macht uns der Cyber-Angriff vom 29.10.2023 zu schaffen: Die Erteilung von Baugenehmigungen kann momentan nicht in der bei uns üblichen zügigen Art und Weise erfolgen.

Sicher, einfach umzusetzen ist ein solches Projekt nicht. Einfacher wäre es für uns gewesen, das Grundstück an den Markt zu bringen und dort hochpreisige Bebauung durch einen Investor zu verwirklichen. Es hätte bei weitem weniger Arbeit, weniger Diskussionen und auch weniger persönliche Angriffe bedeutet. Ich bin aber der Überzeugung, dass wir zumindest versuchen müssen, dort bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das dürfen die Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen von uns erwarten, denn in deren Sinne arbeiten wir hier.

Ich gehe davon aus, dass wir im Laufe des Frühjahrs Klarheit haben, ob und unter welchen Voraussetzungen wir das Projekt der Quartiersgenossenschaft umsetzen können. Sobald uns die Informationen hierzu vorliegen, werden wir die Fakten vorlegen und hier beraten und beschließen lassen, ob wir in die Umsetzung des Projekts gehen. Falls nicht werden wir uns damit auseinandersetzen, wie wir die Rückabwicklung vornehmen können. Mein Ziel wird es aber weiterhin sein, bezahlbaren Wohnraum in Olpe zu schaffen. Daran werde ich weiterarbeiten und ich lade jeden ein, gute Vorschläge zu unterbreiten, wie wir dieses Ziel erreichen.

Meine Damen und Herren, die aktuelle finanzielle Situation der Kommunen ist schwierig. Die Probleme, die auf uns durch den Cyber-Angriff zukommen, erschweren die Lage zusätzlich. Das ist aktuell alles nicht vergnügungssteuerpflichtig. Gleichwohl sollten und dürfen wir nicht in Lethargie verfallen. Dafür besteht letztlich auch kein Anlass.

Die aktuellen IT-Probleme müssen wir lösen. Das ist keine leichte und einfache Aufgabe, aber das wird uns wie zahlreichen Unternehmen, die in der Vergangenheit

davon betroffen waren, gelingen. Die Finanzausstattung der Kommunen wird sich verbessern, sie wird sich verbessern müssen, davon bin ich überzeugt.

Wir sollten die Zeit nutzen, um die Stadt Olpe im kommunalen Vergleich weiter attraktiv aufzustellen. Besonders die geplanten zukunftsgerichteten Investitionen gilt es mit Bedacht, aber zielgerichtet umzusetzen. Vor dem Hintergrund einer veränderten Haushaltslage müssen wir Entscheidungen sorgfältig abwägen und Finanzmittel zielgerichtet einsetzen. Die Fragen, die dabei zu beantworten sind, lauten: Was hilft uns weiter? Wie heben wir uns auch in Zukunft positiv ab?

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf geht bereits auf die veränderten finanziellen Rahmenbedingungen ein. Dabei sind die steuerlichen Hebesätze, so wie im September beschlossen, unverändert gegenüber dem Jahr 2023. Für den Haushalt 2024 erscheint uns dies gerade noch vertretbar. Ob dies allerdings auf Dauer so bleiben kann, ist für mich sehr fraglich.

Wir haben im Haushaltsplanentwurf 2024 einige Maßnahmen zeitlich gestreckt und auf spätere Jahre verschoben. Da wir in den letzten Jahren trotz vorsichtigen Wirtschaftens enorm viel investiert haben, ist uns das möglich, ohne dass wir einen Substanzverlust befürchten müssen. Dies wird uns dabei helfen, den Zeitraum bis zu den zwingend notwendigen Änderungen der Finanzierung der Kommunen zu überbrücken.

Mit den von uns geplanten Investitionen schaffen wir Gegenwerte für die Stadt Olpe, von denen die Stadt in den nächsten Jahrzehnten profitieren wird. Das ist der Unterschied zu konsumtiven Leistungen, die schlicht verausgabt werden, ohne dass ein Gegenwert entsteht.

Zu den Zukunftsinvestitionen gehören die über viele Jahre angelegte Investitionen zur Gestaltung der Innenstadt. Nach dem Architektenwettbewerb zum Bürgerhaus haben wir im Dezember die besten Entwürfe zur Gestaltung des Freiraums in der westlichen Innenstadt prämiert.

Eine große Investitionsmaßnahme wird der aufmerksame Leser des Haushaltsplanentwurfs 2024 vermissen: den Bau des Parkhauses am Freizeitbad. Wir haben diese große Baumaßnahme allerdings nicht vorrangig aus finanziellen Gründen im Haushaltsplanentwurf gestrichen, auch wenn dies natürlich erhebliche positive Effekte hat. Vielmehr haben sich in den letzten Wochen bauliche und rechtliche Problemstellungen ergeben, die uns dazu bewogen, den Bau trotz der aktuellen Beschlusslage nicht in den Haushaltsplanentwurf 2024 und in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen. Im nächsten Sitzungsblock in drei Wochen wird hierüber beraten werden, die Beschlussvorlagen hierzu sind gerade in Vorbereitung. Der Grund hierfür sind zum einen statische Probleme des Baus auf dem Regenrückhaltebecken. Die Berechnung der Statik aufgrund des vorliegenden konkreten Entwurfs des Parkhauses hat deutliche Probleme zu Tage gefördert, insbesondere wenn in einer

trockenen Phase der Grundwasserspiegel stark absinkt. Zum anderen stehen rechtliche Fragestellungen zur dauerhaften Unterhaltung des Regenrückhaltebeckens im Raum. Der Ruhrverband wird das Bauwerk nur im aus seiner Sicht erforderlichen Umfang unterhalten. Die detaillierten Ausführungen werden wir in Ihnen in Kürze mit einer Beschlussvorlage für die Sitzung des Ausschusses Umwelt, Planen, Bauen am 1. Februar 2024 übersenden.

Zahlreiche Themen und Maßnahmen finden sich aber in konsequenter Fortsetzung der vergangenen Jahre im Haushaltsplanentwurf 2024 wieder: Hierzu gehört selbstverständlich das Thema des Klimaschutzes, das weiter von großer Bedeutung ist. Doch auch hier gilt es, die Finanzmittel zielgerichtet einzusetzen, wie zum Beispiel bei der Klimafolgenanpassung. Gerade die Hochwassersituation in den letzten Wochen zeigt einmal mehr, dass wir mit der Starkregenrisikovorsorge einen richtigen Weg eingeschlagen haben und hier im Sinne der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger weiter investieren sollten.

Das Thema des Offenen Ganztags habe ich bereits kurz zu Beginn angesprochen, als ich die mangelnde Finanzausstattung durch den Bund ansprach, der zwar gerne Leistungsgesetze verabschiedet, die finanziellen Lasten aber genauso gerne weitergibt. Das beklagen wir zwar zu Recht, nichtsdestotrotz werden wir uns im Sinne der Bildung und der Zukunft unserer Kinder selbstverständlich auch dem weiteren Ausbau des offenen Ganztags im Jahr 2024 widmen und die Planungen hierfür vornehmen. Die entsprechenden Mittel sind im Haushaltsplan eingestellt.

Meine Damen und Herren, ich musste in diesem Jahr in meiner Haushaltsrede auf eine ganze Anzahl von Herausforderungen näher eingehen. Das sollte aber nicht für eine depressive Stimmung sorgen. Ganz im Gegenteil, wir werden uns diesen Herausforderungen stellen und wir haben zugleich die wunderbare Aufgabe, unsere Heimatstadt weiter positiv entwickeln zu dürfen.

Wenn ich eine Überschrift zum Haushaltsplanentwurf 2024 finden sollte, dann würde diese vermutlich lauten: „Herausforderungen meistern – Zukunft gestalten“. Der Haushaltsplanentwurf zeigt, dass wir uns den aktuellen Herausforderungen stellen, zugleich aber den eingeschlagenen Weg der Zukunftsgestaltung konsequent weiterverfolgen. An vielen Stellen des Haushaltsplanentwurfs zeigt sich, dass wir die Lebensqualität der Stadt Olpe weiter steigern werden und damit unserer Stadt einen Vorteil im Wettbewerb der Kommunen verschaffen, auch wenn ich darauf heute nicht näher eingehen konnte.

Denn ich habe viele wichtige Themen, die aus dem Haushaltsplanentwurf ersichtlich sind, gar nicht angesprochen:

- die Gestaltung und die Investitionen in unsere Dörfer,
- die Erschließung von Wohngebieten,

- die Erschließung der weiteren Gewerbeflächen in Huppcherhammer,
- und noch viele weitere.

Das ist der besonderen Situation in diesem Jahr mit vielen unterschiedlichen Herausforderungen geschuldet. Doch gleichwohl sind und bleiben auch diese Themen für uns sehr wichtig, sie bleiben auf der Tagesordnung und sie werden von uns intensiv bearbeitet.

Meine Damen und Herren,

ich lege Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 vor, der deutlich macht, wie wir uns den vor uns liegenden Herausforderungen stellen und wie wir die Zukunft gestalten wollen. Er ist wie immer mit der notwendigen Vorsicht und Sorgfalt aufgestellt, er beweist Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein. Kämmerer Thomas Bär wird im Anschluss auf einige Details des Haushaltsplanentwurfs näher eingehen.

Ich wünsche den Fraktionen gute Beratungen zum Haushalt 2024 und freue mich auf eine rege Haushaltsdebatte im März.